

Astrov, Vasily

Research Report

MOEL: Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa bleibt erhalten

WIIW Forschungsarbeiten in deutscher Sprache, No. Mai 2008

Provided in Cooperation with:

The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw) - Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Suggested Citation: Astrov, Vasily (2008) : MOEL: Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa bleibt erhalten, WIIW Forschungsarbeiten in deutscher Sprache, No. Mai 2008, The Vienna Institute for International Economic Studies (wiiw), Vienna

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/204221>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

wiiw Forschungsarbeiten

in deutscher Sprache | Mai 2008

Vasily Astrov

MOEL: Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa bleibt erhalten

Sonderdruck aus:

Monatsberichte des Österreichischen Instituts für

Wirtschaftsforschung – WIFO, 81. Jahrgang, Heft 5, 2008

Vasily Astrov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter
des Wiener Instituts für Internationale
Wirtschaftsvergleiche (wiiw).

Vasily Astrov

**MOEL:
Wachstumsvorsprung
gegenüber Westeuropa
bleibt erhalten**

Sonderdruck aus:
Monatsberichte des
Österreichischen Instituts für
Wirtschaftsforschung – WIFO,
81. Jahrgang, Heft 5, 2008

Vasily Astrov (wiiw)

MOEL: Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa bleibt erhalten

Die MOEL verzeichneten 2007 erneut ein kräftiges Wirtschaftswachstum. In den neuen EU-Ländern in Mitteleuropa, deren Expansion primär durch die Re-Industrialisierung geprägt ist, war ein Anstieg der Beschäftigung zu beobachten. In den anderen MOEL wurde die Entwicklung jedoch vor allem vom Dienstleistungssektor getragen und basierte nach wie vor teilweise auf der Ausweitung der Kreditvergabe der Banken, die allerdings in mehreren Ländern etwas gebremst wurde. Die Folgen der weltweiten Finanzmarkturbulenzen und eine Wachstumsverlangsamung in Westeuropa dürften die Konjunkturaussichten der MOEL nur unwesentlich dämpfen; der latente Arbeitskräftemangel und anhaltender Inflationsdruck aufgrund der Verteuerung von Energie und Agrarprodukten auf dem Weltmarkt könnten sich jedoch mittelfristig als Wachstumshemmnis erweisen.

Der vorliegende Bericht wurde im Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw) erstellt. • Begutachtung: Peter Havlik, Josef Pöschl • Wissenschaftliche Assistenz: Beate Muck, Monika Schwarzhappel, Barbara Swierczek • E-Mail-Adresse: astrov@wiiw.ac.at

Das robuste Wirtschaftswachstum hielt 2007 in den MOEL an (Übersicht 1). Es verlangsamte sich in den zehn ostmitteleuropäischen neuen EU-Ländern (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) nur geringfügig (im Durchschnitt von +6,6% im Jahr 2006 auf +6,2%) und war erneut um rund 3,5 Prozentpunkte höher als in der EU 15. Somit trugen die neuen EU-Länder zur gesamteuropäischen Wachstumsdynamik bei. Die leichte Abkühlung ist zum Teil auf die Wachstumsverlangsamung in der EU 15 (-0,2 Prozentpunkte auf +2,6%) zurückzuführen, die der wichtigste Handelspartner der neuen EU-Länder ist.

Ausschlaggebend war zudem die Stagnation in Ungarn (+1,3% nach +3,9% im Jahr zuvor). Sie resultierte vor allem aus den radikalen Schritten zur Budgetkonsolidierung, die die gravierenden makroökonomischen Ungleichgewichte und damit die Instabilität der ungarischen Währung beheben sollten. Auch die Wirtschaft Estlands, Lettlands und Rumäniens expandierte etwas weniger rasch als 2006; diese Entwicklung ist allerdings vor dem Hintergrund des sehr hohen Wachstums 2006 zu sehen. In Rumänien spielte außerdem ähnlich wie in Ungarn die Dürre in der Landwirtschaft eine Rolle, während in Estland und Lettland die rasante Zunahme der Kreditvergabe, die vor allem dem privaten Konsum und den Immobilienkäufen zugute kam, durch gezielte Maßnahmen gegen eine Überhitzung gebremst wurde.

Die Wirtschaft der anderen neuen EU-Länder sowie fast aller Westbalkanländer, Russlands und der Ukraine wuchs dagegen entweder ebenso rasch wie bisher oder sogar rascher. Besonders deutlich beschleunigte sich die Expansion in der Slowakei (fast +2 Prozentpunkte), wie im Jahr zuvor vor allem dank der kräftigen heimischen Konsumnachfrage und der markanten Exportsteigerung (vor allem Pkw). Für die Wirtschaftsentwicklung der Westbalkanländer spielten nach wie vor die regionale politische Stabilität und die EU-Beitrittsperspektiven eine entscheidende Rolle. In Mazedonien zog das Wachstum dank der weiteren Lockerung der bislang restriktiven Geld- und Fiskalpolitik an. Auch in Serbien war für die Beschleunigung um nahezu 2 Prozentpunkte (auf +7,5%) vor allem die expansive Lohn- und Fiskalpolitik zuzuschreiben, während Strukturreformen angesichts anhaltender politischer Instabilität erneut verschoben wurden. In manchen Ländern des Westbalkans (z. B. Bosnien und

2007 weiterhin dynamisches Wirtschaftswachstum

Die Wirtschaft der neuen EU-Länder wuchs 2007 erneut um rund 3,5 Prozentpunkte stärker als die der EU 15. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen haben zwei Länder der Region (Slowenien und Tschechien) das ärmste Land der EU 15 (Portugal) bereits überholt.

Herzegowina) ist allerdings die Qualität der Daten immer noch mangelhaft, sodass geringfügige Schwankungen mit Vorsicht zu interpretieren sind. In Russland resultierte die Wachstumsbeschleunigung (auf +8,1%) aus der Expansion der Binnennachfrage, vor allem aus dem kräftigen Investitionsaufschwung. Die Wirtschaftsentwicklung hier ist vor allem deshalb ermutigend, weil sich das Wachstum von der Entwicklung der Energiepreise auf dem Weltmarkt dank des Ölstabilisierungsfonds zum Teil abgekoppelt hat.

Übersicht 1: Prognose für 2008 bis 2010

	Bruttoinlandsprodukt, real					Verbraucherpreise ¹⁾					Arbeitslosenquote ²⁾				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
	Veränderung gegen das Vorjahr in %										In %				
10 neue EU-Länder	+ 6,6	+ 6,2	+ 5,0	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,2	+ 4,3	+ 5,9	+ 4,3	+ 3,6	10,0	7,7	7,4	7,0	6,8
Tschechien	+ 6,4	+ 6,5	+ 4,5	+ 5	+ 5	+ 2,5	+ 2,8	+ 5,0	+ 2,8	+ 2,5	7,1	5,3	5,5	5	4,5
Ungarn	+ 3,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,4	+ 4,3	+ 3,9	+ 8,0	+ 6,1	+ 3,5	+ 3,0	7,5	7,4	7,5	7,5	7,5
Polen	+ 6,2	+ 6,6	+ 5,5	+ 5,3	+ 5	+ 1,0	+ 2,5	+ 4	+ 3	+ 2,6	13,8	9,6	9	8	8
Slowakei	+ 8,5	+ 10,4	+ 8	+ 7	+ 6	+ 4,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 3	+ 2,5	13,3	11,0	10	9	8,5
Slowenien	+ 5,7	+ 6,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,8	+ 2,5	+ 3,6	+ 5,5	+ 4	+ 3	6,0	4,9	5	4,7	4,6
Estland	+ 11,2	+ 7,1	+ 1,5	+ 2	+ 4	+ 4,4	+ 6,6	+ 10	+ 8	+ 7	5,9	4,7	5,0	6	6
Lettland	+ 12,2	+ 10,3	+ 3	+ 2	+ 2	+ 6,5	+ 10,1	+ 16	+ 12	+ 10	6,8	6,1	5,5	6,5	7
Litauen	+ 7,7	+ 8,8	+ 6	+ 5,5	+ 5	+ 3,7	+ 5,7	+ 10	+ 8	+ 8	5,6	4,3	4,0	4,5	5
Bulgarien	+ 6,3	+ 6,2	+ 5,5	+ 6	+ 6,2	+ 7,3	+ 8,4	+ 10	+ 6	+ 5	9,0	6,9	6,0	5,6	5,2
Rumänien	+ 7,9	+ 6,0	+ 5,5	+ 5	+ 6	+ 6,6	+ 4,8	+ 8	+ 7	+ 5	7,3	6,5	6,5	6,5	6
EU 15	+ 2,8	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,5	.	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	.	7,7	7,0	6,8	7,	7,
EU 27	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,9	.	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,3	.	8,2	7,1	6,9	7,0	6,9
Kroatien	+ 4,8	+ 5,6	+ 4,5	+ 4,5	+ 5	+ 3,2	+ 2,9	+ 5	+ 4	+ 3,5	11,1	10	9,8	9,4	9
Mazedonien	+ 4,0	+ 5,1	+ 5	+ 6	+ 6	+ 3,2	+ 2,3	+ 3	+ 3	+ 3	36,0	34,9	35	34	33
Türkei	+ 6,9	+ 4,5	+ 4,0	+ 5	+ 6	+ 9,6	+ 8,8	+ 9,0	+ 10	+ 9	9,9	9,9	11	10	9
Albanien	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,8	+ 6,1	+ 6,2	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	13,6	14	13	12	11
Bosnien und Herzegowina	+ 6,7	+ 6,0	+ 4,5	+ 5	+ 6	+ 6,2	+ 1,5	+ 5,5	+ 2	+ 2	31,1	29,0	29	28	27
Montenegro	+ 8,6	+ 7,0	+ 6	+ 6	+ 6	+ 3,0	+ 4,2	+ 3	+ 3	+ 3	29,6	30	30	28	27
Serbien	+ 5,7	+ 7,5	+ 5	+ 5	+ 5	+ 11,7	+ 7,0	+ 6	+ 4	+ 3	20,9	18,8	21	23	23
Kasachstan	+ 10,6	+ 8,7	+ 6,5	+ 7,5	+ 8	+ 8,6	+ 10,8	+ 13	+ 10	+ 9	7,8	7,0	6,8	6,5	6
Russland	+ 7,4	+ 8,1	+ 7,2	+ 6,4	+ 6,5	+ 9,7	+ 9,1	+ 14	+ 10	+ 8	7,2	6,1	5,8	5,5	5,5
Ukraine	+ 7,3	+ 7,6	+ 6,5	+ 6	+ 6	+ 9,1	+ 12,8	+ 18	+ 14	+ 10	6,8	6,4	6,4	6,6	6,8

Q: Nationale Statistiken; Europäische Kommission, "Economic Forecasts Spring 2008". 2007: vorläufige Zahlen, 2008/2010: Prognose des wiw (EU 15 und EU 27: Europäische Kommission). – 1) Jahresdurchschnitt. – 2) Gemäß Labour-Force-Konzept (Mikrozensus), Jahresdurchschnitt. Albanien: registrierte Arbeitslose, Jahresendstand.

Gleichzeitig verzeichneten Kasachstan und die Türkei eine Wachstumsverlangsamung. Beide Länder sind wegen der hohen Auslandsverschuldung ihres Bankensektors der Volatilität der internationalen Finanzmärkte besonders stark ausgesetzt; vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2007 schlugen die Turbulenzen auf diesen Märkten durch (dies gilt teilweise auch für Rumänien).

Dank der hohen Wirtschaftsdynamik holen die MOEL gegenüber der EU 15 kontinuierlich auf. Zwei Länder der Region (Slowenien und Tschechien) haben, gemessen am realen BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten, das ärmste Land der EU 15 (Portugal, 74% des EU-Durchschnitts) bereits überholt, und in Slowenien könnte sich dieser Indikator mittelfristig an das Niveau Griechenlands angleichen (Übersicht 2). Im Durchschnitt sind die neuen EU-Länder jedoch immer noch wesentlich ärmer als die EU 15: Ihr BIP pro Kopf beträgt nur 56% des EU-Durchschnitts. Rumänien und Bulgarien, die der EU zuletzt beigetreten sind, weisen mit 38% bis 40% des EU-Durchschnitts das mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Einkommen auf. Die anderen MOEL sind allerdings (mit Ausnahme Kroatiens und Russlands) noch ärmer: In Albanien, der Ukraine sowie Bosnien und Herzegowina liegt der Indikator unter 25% des EU-Durchschnitts. In der Türkei entspricht das Pro-Kopf-Einkommen etwa dem von Rumänien.

Übersicht 2: BIP und Preisniveau 2007 im internationalen Vergleich

	Zu laufenden Wechselkursen Mrd. €	Bruttoinlandsprodukt		Preisniveau		Preisniveau Relativ zur EU 27 Kaufkraftparitäten je Wechselkurse in %
		Zu Kaufkraftparitäten	Real	Real	Relativ zur EU 27	
		Pro Kopf, EU 27 = 100	1990 = 100 ¹⁾	2000 = 100		
10 neue EU-Länder	838,5	1.413,2	56	152,7	139,3	59
Tschechien	128,1	207,7	81	139,7	136,2	62
Ungarn	101,0	160,0	64	140,3	130,0	63
Polen	307,4	514,5	54	169,0	131,7	60
Slowakei	54,8	91,6	68	157,1	152,5	60
Slowenien	33,5	45,2	90	160,8	134,0	74
Estland	15,5	23,8	71	165,1	177,1	65
Lettland	19,9	32,8	58	128,7	183,5	61
Litauen	28,0	50,1	60	124,3	170,6	56
Bulgarien	28,9	72,6	38	118,3	146,0	40
Rumänien	121,3	214,8	40	127,2	151,2	56
Kroatien	37,5	58,4	53	119,7	139,8	64
Mazedonien	5,5	14,7	29	106,9	117,3	38
Türkei	478,7	759,2	41	200,0	139,7	63
Albanien	7,8	16,9	22	171,1	148,3	46
Bosnien und Herzegowina	10,7	23,4	24	.	141,9	46
Montenegro	2,3	5,6	36	.	133,4	41
Serbien	30,5	66,7	36	.	146,6	46
Russland	942,3	1.751,5	50	105,1	156,4	54
Ukraine	103,1	269,9	23	72,3	167,3	38
EU 27	12.271,2	12.271,2	100	143,8	116,8	100
EU 15	11.411,8	10.871,2	112	142,1	114,4	105
Deutschland	2.423,8	2.332,0	114	133,5	108,5	104
Österreich	272,8	264,4	128	147,6	114,8	103
Griechenland	228,9	272,5	98	189,5	134,2	84
Portugal	162,9	194,6	74	151,0	107,9	84
Spanien	1.049,8	1.162,4	104	170,5	126,6	90
USA	10.099,5	11.284,3	150	162,6	117,8	90
Japan	3.198,2	3.557,2	112	125,4	111,6	90

Q: wiiw, Eurostat. – ¹⁾ Polen: 1989 = 100.

In allen MOEL mit Ausnahme der Ukraine hat das Bruttoinlandsprodukt das Vortransformationsniveau mittlerweile überschritten, wenn auch im Falle von Mazedonien und Russland nur geringfügig (Übersicht 2)¹⁾. In Polen und Albanien überstieg das BIP das Niveau von 1989 bzw. 1990 im Jahre 2007 sogar um etwa 70%²⁾. Die Transformation der Wirtschaft dürfte also auch in diesen Ländern weitgehend vollzogen sein; die bestehenden Probleme wären demnach eher der Unterentwicklung zuzuschreiben.

Die Industrieproduktion entwickelt sich in den einzelnen MOEL jedoch sehr unterschiedlich (Übersicht 3). In den meisten neuen EU-Ländern (mit Ausnahme Rumäniens und der baltischen Länder) war ihre rasche Expansion 2007 wie im Jahr zuvor der wichtigste Motor des Wirtschaftswachstums. In Polen und der Slowakei etwa wuchs die Industrie mit einer zweistelligen Rate, und auch Ungarn, dessen BIP nahezu stagnierte, verzeichnete eine Rate von +8%, weil die Industrie weitgehend exportorientiert ist und daher von der Kürzung der öffentlichen Ausgaben nur wenig betroffen war. Grundsätzlich ist die Industrie aber auch in den meisten anderen neuen EU-Ländern exportorientiert. So haben sich z. B. Tschechien und die Slowakei als führende Autoproduzenten, Ungarn als Elektronikproduzent und Bulgarien und

Re-Industrialisierung in Mitteleuropa, De-Industrialisierung in den anderen MOEL

In den meisten neuen EU-Ländern wird das Wirtschaftswachstum vor allem durch die Expansion der Industrieproduktion getragen. Dies hat eine Re-Industrialisierung dieser Volkswirtschaften zur Folge. In den meisten anderen Ländern ist die Transformationskrise zwar ebenfalls weitgehend überwunden, aber großteils um den Preis einer De-Industrialisierung.

¹⁾ Für mehrere Nachfolgestaaten von Jugoslawien fehlen die entsprechenden Daten.

²⁾ In der Türkei (+100% gegenüber dem Niveau von 1990) hatte nie ein planwirtschaftliches System osteuropäischer Prägung bestanden, sodass eine Wirtschaftstransformation in dem Ausmaß wie in anderen MOEL nicht erforderlich war.

Rumänien als Produzenten von Textilien (aber zuletzt auch von Autos und Elektronik) etabliert und zunehmend große Nischen, vor allem auf den EU-Märkten, erobert.

Übersicht 3: Bruttoindustrieproduktion

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2007 1990 = 100	2007 2000 = 100
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real								
10 neue EU-Länder ¹⁾	+ 9,4	+ 4,9	+ 9,8	+ 8,4	+ 8,1	+ 7,8	+ 7,9	149,1	156,3
Tschechien	+ 9,6	+ 6,7	+ 11,2	+ 8,2	+ 8	+ 9	+ 8	121,2	161,4
Ungarn	+ 7,4	+ 7,0	+ 9,9	+ 8,1	+ 8	+ 10	+ 12	216,4	154,6
Polen ²⁾	+ 12,6	+ 3,7	+ 11,2	+ 10,0	+ 10	+ 8	+ 8	244,7	157,4
Slowakei	+ 4,1	+ 3,8	+ 9,9	+ 13,0	+ 12	+ 10	+ 7	132,6	160,1
Slowenien	+ 4,8	+ 3,3	+ 6,1	+ 7,0	+ 4	+ 4	+ 4,5	110,0	131,3
Estland	+ 10,5	+ 11,0	+ 7,3	+ 6,1	+ 2	+ 2	+ 4	112,3	182,5
Lettland	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,8	+ 0,5	- 4	- 1	+ 1	66,4	142,0
Litauen ²⁾	+ 10,8	+ 7,1	+ 7,3	+ 4,0	+ 4	+ 3	+ 3	68,2	183,9
Bulgarien	+ 13,9	+ 10,0	+ 8,2	+ 9,3	+ 8	+ 9	+ 10	88,7	182,9
Rumänien	+ 5,3	+ 2,0	+ 7,2	+ 5,4	+ 6	+ 6	+ 7	77,9	141,3
Kroatien ³⁾	+ 3,7	+ 5,1	+ 4,5	+ 5,7	+ 4,5	+ 4,5	+ 5	85,0	140,0
Mazedonien ⁴⁾	- 2,2	+ 7,1	+ 2,5	+ 3,7	+ 5	+ 5	+ 5	54,6	107,2
Türkei	+ 9,8	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,0	+ 7	+ 9	203,8	140,1
Albanien ⁵⁾	+ 14,1	+ 2,5	+ 7,3	+ 8,0	+ 7	+ 8	+ 7	58,4	176,1
Bosnien und Herzegowina ⁶⁾	+ 12,0	+ 11,0	+ 11,7	+ 6,3	+ 5,5	+ 9	+ 10	.	172,0
Montenegro ⁷⁾	+ 13,8	- 1,9	+ 1,0	+ 0,1	+ 3	+ 4	+ 5	.	115,5
Serbien	+ 7,1	+ 0,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 5	+ 5	+ 5	.	115,9
Russland	+ 8,0	+ 5,1	+ 6,3	+ 6,3	+ 5,5	+ 5	+ 5	77,3	143,7
Ukraine	+ 12,5	+ 3,1	+ 6,2	+ 10,2	+ 8	+ 8	+ 8	100,9	192,2

Q: Nationale Statistiken. 2007: vorläufige Zahlen, 2008-2010: Prognose des wiw. – ¹⁾ Schätzung des wiw. – ²⁾ Umsätze. – ³⁾ Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten. – ⁴⁾ Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten. – ⁵⁾ Auf Wertschöpfungsbasis. – ⁶⁾ wiw-Schätzung; Gewichtung für die Föderation Bosnien und Herzegowina sowie Republika Srpska. – ⁷⁾ Ohne Kleinunternehmen und Rüstungsproduktion.

Übersicht 4: Zuflüsse und Bestände an ausländischen Direktinvestitionen

	Zuflüsse Laut Zahlungsbilanz				Bestände Laut internationaler Vermögensposition		
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007
	Mio. €				Mio. €		
10 neue EU-Länder	38.281	48.402	44.761	47.000	254.151	318.878	377.636
Tschechien	9.354	4.804	6.711	6.000	51.424	60.621	68.641
Ungarn	6.172	5.428	4.049	4.000	52.370	61.964	66.357
Polen	8.317	15.198	12.834	16.000	76.645	94.603	110.000
Slowakei	1.952	3.324	2.093	2.000	13.333	19.345	30.000
Slowenien	473	512	1.073	1.200	6.134	6.775	8.000
Estland	2.255	1.341	1.815	1.600	9.539	9.617	11.282
Lettland	568	1.326	1.589	1.600	4.159	5.702	7.226
Litauen	826	1.448	1.412	1.600	6.921	8.377	10.021
Bulgarien	3.152	5.961	6.109	5.000	11.741	17.363	24.848
Rumänien	5.213	9.060	7.076	8.000	21.884	34.512	41.260
Kroatien	1.468	2.738	3.626	2.000	12.332	20.782	30.375
Mazedonien	77	345	293	200	1.769	2.099	2.500
Türkei	8.286	15.765	15.952	15.000	60.436	67.005	100.000
Albanien	224	259	463	350	1.554	1.812	2.276
Bosnien und Herzegowina	478	564	1.478	600	2.463	3.013	5.000
Montenegro	393	644	1.008	800	570	1.215	2.222
Serbien ¹⁾	1.265	3.406	2.757	1.500	4.830	8.317	10.000
Russland	10.354	25.979	38.344	40.000	151.817	224.380	260.000
Ukraine	6.263	4.467	7.220	7.000	14.553	17.559	26.182

Q: Nationalbanken der jeweiligen Länder. 2007: vorläufige Zahlen, 2008: Prognose des wiw. Bestände in Albanien und Montenegro: kumulierte Direktinvestitionen, Serbien: kumulierte Nettodirektinvestitionen.

Abbildung 1: Nominelle Wechselkurse



Q: wiiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Dieser Erfolg war vor allem durch die massiven Zuflüsse von ausländischen Direktinvestitionen in die neuen EU-Länder (Übersicht 4) und die damit verbundene Restrukturierung und Effizienzsteigerung der Industrie dieser Länder bedingt. Obwohl die Löhne durchwegs markant stiegen und mehrere Währungen gegenüber dem Euro nominell aufwerteten (Abbildung 1), erhöhten sich dank der kräftigen Steigerung der Arbeitsproduktivität die Lohnstückkosten in der Industrie (auf Euro-Basis) nur mäßig (um weniger als 10%), sodass die Wettbewerbsposition dieser Länder kaum gefährdet wurde. Außerdem beeinträchtigt ein Anstieg der Lohnstückkosten die Wettbewerbsfähigkeit nicht, solange die erhöhten Kosten (und Preise) durch eine Verbesserung der Qualität der Exportgüter gerechtfertigt sind. Für viele MOEL trifft dies zu. In Rumänien und insbesondere Lettland (dessen Industrieproduktion 2007 nahezu stagnierte) gibt die jüngste Entwicklung jedoch Anlass zu Sorge, weil die Wettbewerbsposition durch die hohe heimische Inflation geschwächt wird.

Nach dem Boom der letzten Jahre übersteigt die Industrieproduktion in den mittel-europäischen neuen EU-Ländern und Estland mittlerweile bei weitem das Vortransformationsniveau und ist in Polen und Ungarn sogar mehr als doppelt so hoch. Die Industrie dieser Länder, die ja unter allen Sektoren dem internationalen Wettbewerb am meisten ausgesetzt ist, hat sich demnach an die marktwirtschaftlichen Verhältnisse erfolgreich angepasst.

Gleichzeitig liegt die Industrieproduktion in den südosteuropäischen Ländern, in Litauen, Lettland und Russland nach wie vor weit unter dem Vortransformationsniveau (z. B. Albanien und Mazedonien 60% dieses Niveaus³⁾). Auch 2007 wuchs die Industrieproduktion in einigen dieser Länder schwächer als das BIP. Die Gründe dafür liegen vor allem in der Industriestruktur und in institutionellen Defiziten, aufgrund derer diese Länder bislang insgesamt weniger Direktinvestitionen anziehen als die mitteleuropäischen neuen EU-Länder (und Estland; Übersicht 4) bzw. die Direktinvestitionen in erster Linie in den Dienstleistungssektor flossen. Das gilt besonders für Montenegro, dessen Industrieproduktion seit 2005 praktisch stagniert, obwohl der Zustrom an Direktinvestitionen beträchtlich war. Ähnlich entstehen in Russland in der Energiegewinnung zunehmend Engpässe, nicht zuletzt wegen der unzureichenden Investitionen in die Gasförderung. Auch die zunehmende Verstaatlichung der Mineralölindustrie in Russland dürfte dabei eine Rolle gespielt haben.

Die Diskrepanz zwischen der relativ günstigen Entwicklung des BIP in diesen Ländern einerseits und der massiven De-Industrialisierung andererseits zeigt die bislang mangelnde Fähigkeit der Industrie, sich an das neue Umfeld anzupassen. Gleichzeitig ist jedoch diese De-Industrialisierung nicht unbedingt durchwegs negativ zu interpretieren. Im planwirtschaftlichen System war nämlich das hohe Volumen der Industrieproduktion zum Teil auf die disproportionale Produktion von Investitions- und Rüstungsgütern zurückzuführen, die letztlich Ausdruck der dynamischen Ineffizienz des Systems war.

Inlandsnachfrage nach wie vor Wachstumsmotor

Der boomende (vor allem private) Konsum und die Investitionen waren 2007 die treibende Kraft des Wachstums in den meisten Ländern der Region (Übersicht 5). Überwiegend (Bulgarien, Rumänien, Kroatien, baltische Länder, Ukraine, aber auch teilweise Russland) war dies – abgesehen von der Einkommensteigerung – nicht zuletzt der rasanten Ausweitung der Kreditvergabe zu verdanken. Die Dominanz ausländischer Banken vor allem im Baltikum und in Südosteuropa, der gute Zugang ihrer Niederlassungen zu den Finanzmitteln der Muttergesellschaft sowie die Verschärfung des Wettbewerbs im Bankensektor hatten in vielen Fällen ein niedriges Zinsniveau und einen daraus resultierenden Kreditboom zur Folge. Dank der zunehmenden Kreditvergabe steigerten vor allem die privaten Haushalte die Konsumausgaben und Investitionen in Immobilien. Auch das System weitgehend fester Wechselkurse, das sich in einigen Ländern etabliert hat, trug zur kräftigen Kreditexpansion bei: Solange die Wechselkursfixierung glaubwürdig ist, entfällt für den Gläubiger das Wech-

³⁾ In der Ukraine hat die Industrieproduktion das Vortransformationsniveau erreicht, was sowohl der Expansion der Stahlexporte bei hohen Weltmarktpreisen für Stahl als auch dem Boom der Fahrzeugexporte nach Russland zuzuschreiben war.

selkursrisiko. Das Niveau der Haushaltsverschuldung ist aber noch immer viel niedriger als in Westeuropa.

Der durch Kreditexpansion finanzierte Konsumboom brachte in einigen Ländern bereits Zeichen von Überhitzung mit sich. Die Wirtschaftspolitik steht vor der Herausforderung, die unerwünschten Folgen rasanter Kreditvergabe zu verhindern. Da eine aktive Geldpolitik aufgrund der Wechselkursbindung und der fortgeschrittenen Kapitalmarktintegration der meisten Länder nahezu unmöglich war und gleichzeitig die öffentlichen Finanzen bereits weitgehend ausgeglichen waren, griffen einige Zentralbanken auf andere Instrumente der geldpolitischen Steuerung zurück, wie z. B. eine Erhöhung des Mindestreservesatzes für Deviseneinlagen (in Serbien), eine Obergrenze der Kreditausweitung (in Kroatien) oder strengere Kriterien der Kreditvergabe (in den baltischen Ländern). Diese Schritte waren zum Teil erfolgreich: In mehreren Ländern verlangsamte sich die Kreditexpansion, wenn auch teilweise auf Kosten des BIP-Wachstums.

In den neuen EU-Ländern in Mitteleuropa spielt die Kreditfinanzierung der Nachfrage als Wachstumsmotor eine geringere Rolle. Im Gegensatz z. B. zu den baltischen Ländern und mehreren Ländern Südosteuropas basiert hier die kräftige heimische Konsumnachfrage primär auf dem Einkommensanstieg der Haushalte und Gewinnen der Unternehmen, die großteils für Investitionszwecke verwendet werden (insbesondere in Polen). Die kräftige Zunahme der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte resultiert aus der raschen Lohnsteigerung (nicht zuletzt wegen der zunehmenden Knappheit der Arbeitskräfte) und der Ausweitung der Beschäftigung. Diese Faktoren bedeuten einen Anstieg des Lebensstandards, wobei sie die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder bislang kaum gefährdeten, wie die Entwicklung der Nettoexporte zeigt (Übersicht 5). In Polen und Slowenien war der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum nur unwesentlich negativ, in Tschechien und der Slowakei ähnlich wie im Vorjahr sogar positiv. In Ungarn hingegen wurde das Wirtschaftswachstum 2007 fast ausschließlich durch die Zunahme der Nettoexporte getragen.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen der MOEL konvergiert zunehmend (Übersicht 6). Während die Fiskalpolitik in jenen Ländern, die in den letzten Jahren hohe Fiskaldisziplin oder sogar Budgetüberschüsse aufwiesen (Russland, Ukraine, mehrere Balkanländer), zum Teil gelockert wurde, setzten die Länder mit traditionell hohem Budgetdefizit (vor allem Ungarn, aber auch andere neue EU-Länder in Mitteleuropa), jüngst wesentliche Konsolidierungsschritte.

Nach wie vor verzeichnete Russland den günstigen Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte (2007 6,1% des BIP), vor allem dank der regelmäßigen Anpassung der Abgaben auf Energieexporte an den Anstieg der Energiepreise. Der Stabilisierungsfonds war Anfang 2004 eingerichtet worden, um die Auswirkungen Rohölpreivolatilität auf die heimische Wirtschaft auszugleichen, und erwirtschaftete bei einem Weltmarktpreis von über 27 \$ pro Barrel Einnahmen; er erreichte gegen Ende 2007 ein Volumen von 156 Mrd. \$ – und dies obwohl ein Teil der Einnahmen des Staates aus Energieexporten für die vorzeitige Tilgung der staatlichen Auslandsschulden verwendet wurde. Gleichzeitig war der Budgetüberschuss 2007 niedriger als in den Jahren zuvor, was auf eine fiskalpolitische Lockerung hindeutet. Die staatlichen Mittel werden zunehmend für die Anhebung von Pensionen und Gehältern im öffentlichen Sektor verwendet, aber auch für heimische Sonderprojekte und verschiedene industriepolitische Maßnahmen (vor allem in der Autoindustrie, im Schiffs-, Flugzeugbau und im High-Tech-Bereich), mit dem Ziel, eine Diversifizierung der zur Zeit vorwiegend auf Energie fokussierten Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Auch die jüngste Aufspaltung des Stabilisierungsfonds in zwei kleinere Fonds mit unterschiedlichen Zwecken dürfte die staatlichen Investitionen im Inland fördern. In der Ukraine ist nach dem jüngsten Regierungswechsel ebenfalls eine fiskalpolitische Lockerung zu beobachten, nicht zuletzt durch das Anlaufen der Erstattung privater Einlagen bei der sowjetischen Sberbank, die im Laufe der Hyperinflation der neunziger Jahre verloren gingen.

Das Wachstum der heimischen Nachfrage (insbesondere des privaten Konsums), das in den mitteleuropäischen MOEL primär aus der Einkommensteigerung resultiert und in den anderen Ländern weitgehend durch Kredite finanziert wird, bleibt die Hauptstütze des Wachstums. Lediglich in Tschechien, der Slowakei und Ungarn trug die Ausweitung der Nettoexporte 2007 positiv zum BIP-Wachstum bei.

Budgetkonsolidierung vor allem in den neuen EU-Ländern

Dank der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und nominalen Mehreinnahmen aufgrund der Inflationsbeschleunigung erfüllen die ostmitteleuropäischen neuen EU-Länder (mit Ausnahme Ungarns) bereits die Maastricht-Kriterien "Budgetdefizit" und "öffentliche Verschuldung" für den Eintritt in die Währungsunion.

Übersicht 5: Beiträge zum Wirtschaftswachstum

Verwendungsseite

	Konsum- ausgaben	Bruttoanlage- investitionen	Außenbeitrag	BIP, real	Konsum- ausgaben	Bruttoanlage- investitionen	Außenbeitrag	BIP, real
	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten			Veränderung gegen das Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten			Veränderung gegen das Vorjahr in %
Tschechien					Ungarn			
2003	+ 4,7	+ 0,1	- 0,9	+ 3,6	+ 5,8	+ 0,5	- 2,5	+ 4,2
2004	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,3	+ 4,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 0,9	+ 4,8
2005	+ 1,7	+ 0,6	+ 4,8	+ 6,4	+ 2,4	+ 1,2	+ 3,0	+ 4,1
2006	+ 2,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 6,4	+ 2,0	- 0,6	+ 3,0	+ 3,9
2007	+ 2,9	+ 1,5	+ 1,1	+ 6,5	- 1,7	+ 0,2	+ 1,7	+ 1,3
Polen					Slowakei			
2003	+ 2,2	- 0,0	+ 1,1	+ 3,9	+ 1,9	- 0,7	+ 5,7	+ 4,8
2004	+ 3,4	+ 1,2	- 0,7	+ 5,3	+ 2,2	+ 1,2	- 0,9	+ 5,2
2005	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,0	+ 3,6	+ 4,3	+ 4,4	- 2,2	+ 6,6
2006	+ 4,1	+ 2,9	+ 1,2	+ 6,2	+ 5,0	+ 2,2	+ 1,8	+ 8,5
2007	+ 4,2	+ 3,8	- 1,8	+ 6,6	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,5	+10,4
Slowenien					Estland			
2003	+ 2,3	+ 1,8	- 2,0	+ 2,8	+ 5,5	+ 5,8	- 2,4	+ 7,2
2004	+ 2,2	+ 1,8	- 0,6	+ 4,4	+ 4,3	+ 1,4	- 0,6	+ 8,3
2005	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,0	+ 4,1	+ 6,4	+ 3,0	+ 2,0	+10,2
2006	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,2	+ 5,7	+ 8,9	+ 7,0	- 8,0	+11,2
2007	+ 1,9	+ 4,5	- 0,8	+ 6,1	+ 6,1	+ 2,7	- 1,4	+ 7,1
Lettland					Litauen			
2003	+ 5,5	+ 3,2	- 4,4	+ 7,2	+ 7,3	+ 2,9	- 2,5	+10,3
2004	+ 6,7	+ 5,9	- 5,1	+ 8,7	+ 9,2	+ 3,3	- 6,5	+ 7,3
2005	+ 7,9	+ 6,6	- 0,1	+10,6	+ 8,6	+ 2,5	- 1,7	+ 7,9
2006	+13,6	+ 5,6	- 8,3	+12,2	+ 8,9	+ 4,0	- 1,9	+ 7,7
2007	+10,3	+ 3,3	- 6,2	+10,3	+ 8,4	+ 3,9	- 3,4	+ 8,8
Bulgarien					Rumänien			
2003	+ 5,1	+ 2,6	- 4,3	+ 5,0	+ 7,1	+ 1,8	- 3,9	+ 5,2
2004	+ 4,7	+ 2,7	- 2,5	+ 6,6	+ 8,7	+ 2,4	- 4,9	+ 8,5
2005	+ 4,7	+ 4,8	- 4,2	+ 6,2	+ 8,4	+ 2,8	- 4,8	+ 4,2
2006	+ 6,4	+ 3,5	- 5,1	+ 6,3	+ 8,3	+ 4,6	- 7,3	+ 7,9
2007	+ 4,4	+ 5,7	- 4,9	+ 6,2	+ 8,9	+ 7,4	- 9,9	+ 6,0
Kroatien					Mazedonien			
2003	+ 3,1	+ 6,0	- 1,8	+ 5,3	- 3,4	+ 0,2	+ 7,1	+ 2,8
2004	+ 2,7	+ 1,4	- 0,0	+ 4,3	+ 5,9	+ 1,8	- 3,5	+ 4,1
2005	+ 2,2	+ 1,4	+ 0,2	+ 4,3	+ 4,6	- 1,0	+ 0,2	+ 4,1
2006	+ 2,4	+ 3,1	- 0,8	+ 4,8	+ 4,0	.	- 3,1	+ 4,0
2007	+ 4,2	+ 1,9	- 0,6	+ 5,6	+ 4,9	.	.	+ 5,1
Türkei					Albanien			
2003	+ 6,7	+ 2,5	- 4,4	+ 5,3	+ 8,1	+ 7,0	- 1,6	+ 5,8
2004	+ 8,3	+ 5,0	- 2,8	+ 9,4	+ 7,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 5,7
2005	+ 5,7	+ 3,3	- 1,3	+ 8,4	+ 2,8	+ 4,3	- 3,4	+ 5,8
2006	+ 3,9	+ 2,7	- 0,3	+ 6,9	+ 4,5	+ 2,8	- 1,8	+ 5,5
2007	+ 3,4	+ 1,8	- 1,3	+ 4,5	+ 5,2	+ 3,0	.	+ 5,6
Russland					Ukraine			
2003	+ 4,2	+ 2,4	+ 0,2	+ 7,3	+ 7,6	+ 4,4	- 2,8	+ 9,6
2004	+ 6,3	+ 2,4	- 1,9	+ 7,2	+ 9,8	+ 4,4	+ 3,5	+12,1
2005	+ 6,1	+ 2,0	- 2,2	+ 6,4	+ 7,4	+ 0,9	-10,6	+ 2,7
2006	+ 6,1	+ 3,4	- 2,8	+ 7,4	+ 9,7	+ 4,8	- 6,7	+ 7,3
2007	+ 7,1	+ 4,0	- 4,4	+ 8,1	+10,7	+ 6,2	- 8,6	+ 7,6

Q: wiw-Berechnungen basierend auf nationalen und Eurostat-Statistiken (baltische Länder und Türkei). 2007: vorläufige Zahlen. Die Komponenten addieren sich nicht auf das BIP insgesamt, da die Lagerveränderungen und die statistische Differenz nicht berücksichtigt sind.

Der öffentliche Sektor der baltischen Länder und der meisten Länder Südosteuropas ist mittlerweile weitgehend konsolidiert. Bulgarien, Estland, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Montenegro erwirtschafteten sogar Überschüsse, während der Staatshaushalt Lettlands 2007 zum ersten Mal ausgeglichen war⁴⁾. Zur guten Budgetlage in Litauen, Lettland und Slowenien trägt bei, dass die kumulierte Staatsverschuldung und somit auch die Zinszahlungen niedrig sind⁵⁾.

Übersicht 6: Konsolidierter Staatshaushalt

	2003	2004	2005	2006	2007
	In % des BIP				
<i>Finanzierungssaldo des Staates</i>					
Laut EU-Berechnungsmethode					
Tschechien	- 6,6	- 2,9	- 3,6	- 2,6	- 1,6
Ungarn	- 7,1	- 6,4	- 7,8	- 9,3	- 5,5
Polen	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0
Slowakei	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,6	- 2,2
Slowenien	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,1
Estland	1,8	1,7	1,8	3,6	3,2
Lettland	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,0
Litauen	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 1,2
Bulgarien	- 0,3	1,4	1,8	3,0	3,4
Rumänien	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,5
Laut nationaler Berechnungsmethode					
Kroatien	- 6,2	- 4,8	- 4,0	- 3,0	- 2,3
Mazedonien	- 1,1	0,0	0,3	- 0,6	0,6
Türkei	- 11,3	- 5,8	- 0,3	0,4	- 0,7
Albanien	- 4,9	- 5,1	- 3,4	- 3,2	- 3,5
Bosnien und Herzegowina	0,8	1,6	2,4	2,9	2
Montenegro	- 2,9	- 2,0	- 1,7	1,6	4,8
Serbien	- 4,0	- 1,4	1,4	- 0,6	- 0,5
Russland	1,3	4,5	8,1	8,4	6,1
Ukraine	- 0,2	- 3,2	- 1,8	- 0,7	- 1,1
<i>Staatsverschuldung</i>					
Laut EU-Berechnungsmethode					
Tschechien	30,1	30,4	29,7	29,4	28,7
Ungarn	58,0	59,4	61,6	65,6	66,0
Polen	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2
Slowakei	42,4	41,4	34,2	30,4	29,4
Slowenien	27,9	27,6	27,5	27,2	24,1
Estland	5,5	5,1	4,5	4,2	3,4
Lettland	14,4	14,9	12,4	10,7	9,7
Litauen	21,2	19,4	18,6	18,2	17,3
Bulgarien	45,9	37,9	29,2	22,7	18,2
Rumänien	21,5	18,8	15,8	12,4	13,0
Laut nationaler Berechnungsmethode					
Kroatien	51,2	52,0	52,7	50,0	53,0
Türkei	85,1	76,9	69,6	60,5	54,1
Albanien	60,7	57,7	57,8	55,9	54,0
Bosnien und Herzegowina	30,6	27,5	27,5	23,4	.
Russland	28,6	21,6	14,9	8,9	7,2
Ukraine	29,0	24,7	17,7	14,8	12,4

Q: Eurostat, nationale Statistiken; Albanien: IWF, 2007: vorläufige Zahlen.

Auch die mitteleuropäischen neuen EU-Länder (sowie Kroatien) erzielten bezüglich der Budgetkonsolidierung weitere Fortschritte, wenn auch gelegentlich auf Kosten des Wachstums – vor allem in Ungarn, dessen Finanzierungssaldo von über 9% 2006 auf 5,5% des BIP im Jahr 2007 abgebaut wurde. Auch die Inflationsbeschleunigung trug zu dieser Entwicklung bei. Mit Ausnahme von Ungarn erfüllen alle neuen EU-Länder bereits die zwei fiskalpolitischen Maastricht-Kriterien für die Teilnahme an der Währungsunion: Finanzierungssaldo des Staates von höchstens 3% des BIP und öffentliche Verschuldung von höchstens 60% des BIP (Übersicht 6). Die Aussichten für eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in der Region sind generell

⁴⁾ Die ersten drei Länder sowie auch Litauen müssen die öffentlichen Finanzen aufgrund des Currency-Board-Regimes unter strenger Kontrolle halten.

⁵⁾ Diese kleineren Nachfolgestaaten der UdSSR bzw. Jugoslawiens waren durch die öffentlichen Schulden ihrer Vorgänger nicht belastet.

Markante Inflationsbeschleunigung problematisch für WWU-Eintritt

Der jüngste Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise kam besonders in jenen MOEL zum Tragen, deren Wirtschaft überdurchschnittlich energieintensiv ist und deren private Haushalte überdurchschnittlich viel für Lebensmittel ausgeben.

gut; ungewiss sind allerdings die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der jüngsten Budget- und Steuerreform in Tschechien⁶⁾.

Nach mehreren Jahren weitgehender Preisstabilität stiegen die Verbraucherpreise in vielen MOEL zuletzt deutlich, insbesondere gegen Jahresende 2007 (Übersicht 1). Dazu trug insbesondere die weltweite Verteuerung von Energieträgern und Lebensmitteln bei. Sie resultierte zum Teil aus der kräftigen Ausweitung der Nachfrage, vor allem in China, Indien und anderen Schwellenländern mit rasch wachsender Wirtschaft. Gleichzeitig nehmen die Angebotsengpässe zu, nicht zuletzt wegen unzureichender Investitionen in die Rohölförderung und der zunehmenden Verwendung von Getreide und Zucker in der Energiewirtschaft.

Der jüngste Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise kam besonders in jenen Ländern zum Tragen, deren Wirtschaft überdurchschnittlich energieintensiv ist und deren private Haushalte überdurchschnittlich viel für Lebensmittel ausgeben. Beides trifft vor allem auf die ärmeren MOEL zu⁷⁾; entsprechend hoch war in diesen Ländern der Inflationsdruck (z. B. Ukraine zum Jahresende 16,6%). Dort, aber auch z. B. in Russland, Bulgarien und in den baltischen Ländern wurde der Inflationseffekt zusätzlich dadurch verstärkt, dass diese Länder ein Regime der fixen oder de facto fixen Wechselkurse verfolgen (Ukraine zum Dollar, Russland zu einem Währungskorb aus Dollar und Euro, die anderen Länder zum Euro). Dagegen wurde der Inflationsdruck in mehreren mitteleuropäischen neuen EU-Ländern (Polen, Slowakei und Tschechien) durch die anhaltende nominelle Aufwertung gegenüber dem Euro gedämpft (Abbildung 1).

Die inflationstreibende Wirkung der Verteuerung von Energie und Lebensmitteln auf dem Weltmarkt wurde durch eine Reihe anderer Faktoren unterstützt, wie z. B. durch die administrativen Tarifierhebungen und die Anhebungen indirekter Steuern im Zuge der Budgetkonsolidierung, wie z. B. in Ungarn 2007 und in Tschechien 2008. In Ungarn stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 8%. In Bulgarien, den baltischen Ländern, Russland und der Ukraine war der hohe Preisauftrieb zusätzlich durch die Überhitzung der Konjunktur bedingt. Die kräftige Nachfrage nach Investitions- und insbesondere Konsumgütern, die aus der verstärkten Kreditvergabe der Banken und (im Falle Russlands) den massiven Devisenzuflüssen aus den Energieexporten resultierte, überstieg oft das Angebot. Zunehmend wurde auch Arbeitskräftemangel spürbar, vor allem im Bereich hoher Qualifikationen; in der Folge stiegen die Löhne kräftig. In Slowenien schließlich war die Inflationsbeschleunigung 2007 (auf 5,6% zum Jahresende) nicht zuletzt der Einführung des Euro Anfang des Jahres zuzuschreiben; das entspricht weitgehend den Erfahrungen anderer Länder in der Währungsunion.

Von besonderer Bedeutung ist die Höhe der Inflation für jene neuen EU-Mitgliedsländer, die möglichst bald in die Europäische Währungsunion eintreten wollen: Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei nehmen bereits am Wechselkursmechanismus II teil – eine notwendige Voraussetzung für die Euro-Übernahme. Der Eintritt von Estland und Litauen in die Währungsunion mit Anfang 2007 scheiterte zuletzt am Inflationskriterium (Inflationsrate um höchstens 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten EU-Länder). Die jüngste Preisentwicklung in diesen Ländern (Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 etwa +6% mit steigender Tendenz, in Lettland noch höher) macht eine baldige Euro-Übernahme noch weniger wahrscheinlich. Somit hat unter den MOEL nur die Slowakei realistische Chancen, wie von der Regierung angestrebt Anfang 2009 in die Währungsunion einzutreten. Eine tendenzielle Aufwertung und ein weiterer Produktivitätsanstieg in den kommenden Monaten kämen diesem Ziel sehr entgegen. Die Risiken einer frühzeiti-

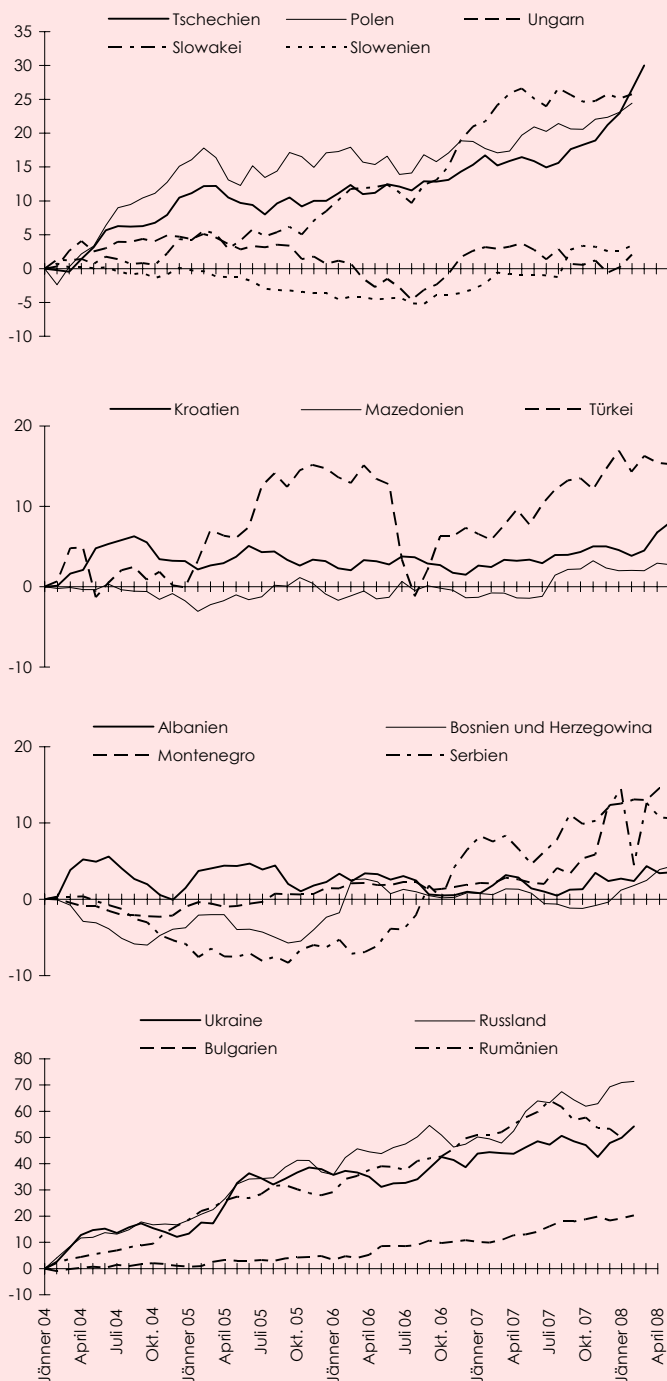
⁶⁾ Diese Reform umfasst u. a. eine Anhebung der indirekten Steuern, eine Minderung der Einkommensteuerprogression und die Kürzung verschiedener sozialer Leistungen, z. B. die Einführung von Gebühren im Gesundheitswesen und die Erhöhung des Pensionsantrittsalters.

⁷⁾ Dabei muss die hohe Energieintensität (gemessen als Energieverbrauch pro BIP-Einheit, zu laufenden Wechselkursen) nicht zwingend strukturbedingt oder Ausdruck der technischen Ineffizienz sein, sondern kann auch aus der Unterbewertung der Währung resultieren, wie sie hauptsächlich für die ärmeren Länder zu verzeichnen ist.

gen Euro-Einführung sind für die Slowakei mittelfristig erheblich – nicht zuletzt wegen des niedrigen Entwicklungsniveaus.

Abbildung 2: Reale Wechselkurse

Veränderung gegenüber Jänner 2004 in %



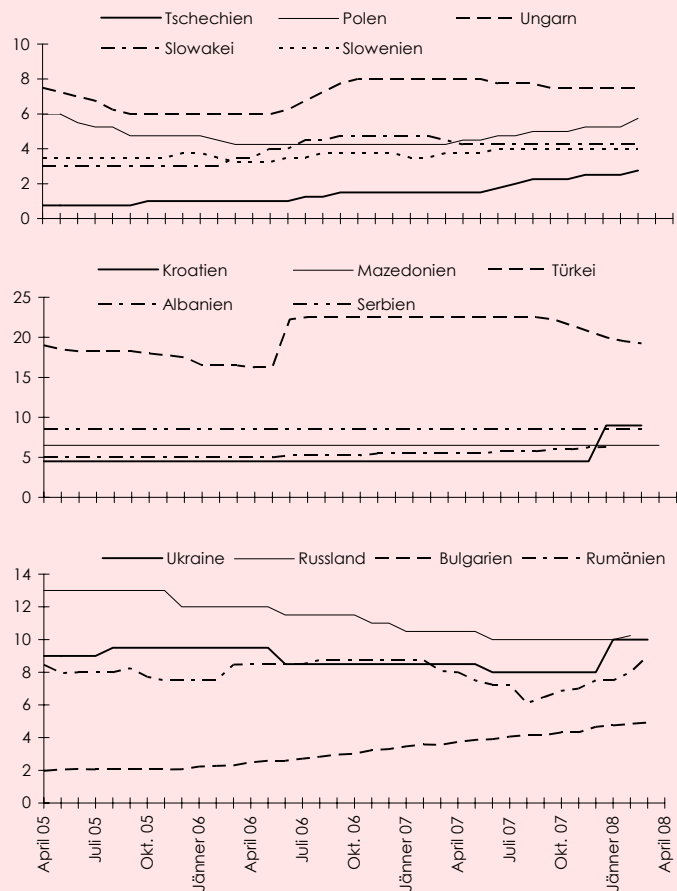
Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken. Positive Werte: reale Aufwertung, d. h. Verringerung des Abstands gegenüber den Produzentenpreisen im Euro-Raum.

Angesichts der jüngsten Inflationsbeschleunigung reagierten die Zentralbanken mehrerer Länder (Kroatien, aber auch Polen, Tschechien, Bulgarien, Rumänien und Ukraine) mit Leitzinsanhebungen, um die heimische Konjunktur abzukühlen (Abbildung 3). Trotzdem blieben die realen Ex-ante-Zinssätze aufgrund höherer Inflationserwartungen vielfach negativ. In manchen Ländern (z. B. Ukraine) dürften außerdem die Auswirkungen der jüngsten Zinssatzanhebung deshalb begrenzt sein, weil für sie die Wechselkurspolitik aufgrund der Offenheit ihrer Wirtschaft viel größeres Gewicht

hat. Schließlich könnte der Kapitalzufluss infolge der Zinssatzanhebungen den gewünschten Effekt weitgehend zunichte machen (z. B. in Polen).

Abbildung 3: Leitzinssätze der Nationalbanken

Veränderung gegenüber Jänner 2004 in %



Q: wiw-Monatsdatenbank basierend auf nationalen Statistiken.

Ermutigende Beschäftigungstrends

Die Inflationsbeschleunigung wurde nicht zuletzt durch die zunehmenden Arbeitsmarktengpässe verstärkt, wie sie mittlerweile in fast allen MOEL auftreten. Aufgrund des robusten BIP-Wachstums stieg die Beschäftigung 2007 weiter, vor allem in den neuen EU-Ländern. Diese ermutigende Entwicklung bedeutet eine deutliche Abkehr vom früheren Trend, als das Wirtschaftswachstum primär durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen ermöglicht wurde und keine zusätzlichen Arbeitskräfte benötigt wurden. Nicht nur der Dienstleistungssektor, sondern auch die Industrie stellt in einigen Ländern (insbesondere Bulgarien und Slowakei) Arbeitskräfte ein; gleichzeitig sinkt die Beschäftigung in der Landwirtschaft nach wie vor. Mit der wachsenden Arbeitskräftenachfrage wird der Mangel vor allem an qualifizierten Fachkräften zunehmend spürbar. Er könnte sich als Wachstumsbremse erweisen.

Zur Entspannung auf dem Arbeitsmarkt der neuen EU-Länder trug die Abwanderung der Arbeitskräfte in die EU 15 bei (vor allem aus Polen und Litauen nach Großbritannien, aus Rumänien nach Italien und Spanien). Diese Migrationsströme wurden im Wesentlichen durch den EU-Beitritt 2004 ermöglicht. Mittlerweile haben die Länder der EU 15 mit Ausnahme von Deutschland und Österreich ihren Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus den 2004 beigetretenen Ländern vollständig oder teilweise liberalisiert. Für die zwei wesentlich ärmeren Länder Bulgarien und Rumänien, die 2007 der EU beigetreten sind, gilt jedoch weiterhin keine Freizügigkeit der Arbeitskräfte.

Übersicht 7: Außenhandel insgesamt

Laut Zollstatistik

		2003	2004	2005	2006	2007	2006	2007
		Mio. €					Veränderung gegen das Vorjahr in %	
10 neue EU-Länder	Exporte	194.211	236.222	276.125	334.344	389.638	+ 21,1	+ 16,5
	Importe	229.574	273.250	314.206	384.880	450.943	+ 22,5	+ 17,2
	Exporte in % der Importe	84,6	86,4	87,9	86,9	86,4	.	.
Tschechien	Exporte	43.051	53.995	62.738	75.665	89.055	+ 20,6	+ 17,7
	Importe	45.243	54.824	61.441	74.262	85.995	+ 20,9	+ 15,8
	Exporte in % der Importe	95,2	98,5	102,1	101,9	103,6	.	.
Ungarn	Exporte	38.041	44.630	50.093	58.997	68.472	+ 17,8	+ 16,1
	Importe	42.189	48.550	52.996	61.394	68.781	+ 15,8	+ 12,0
	Exporte in % der Importe	90,2	91,9	94,5	96,1	99,6	.	.
Polen	Exporte	47.511	60.014	71.740	88.259	101.482	+ 23,0	+ 15,0
	Importe	60.288	71.812	81.530	101.160	119.143	+ 24,1	+ 17,8
	Exporte in % der Importe	78,8	83,6	88,0	87,2	85,2	.	.
Slowakei ¹⁾	Exporte	19.318	22.427	25.654	33.120	42.071	+ 29,1	+ 27,0
	Importe	19.923	23.686	27.571	35.292	42.704	+ 28,0	+ 21,0
	Exporte in % der Importe	97,0	94,7	93,0	93,8	98,5	.	.
Slowenien	Exporte	11.288	12.786	14.397	16.757	19.385	+ 16,4	+ 15,7
	Importe	12.242	14.146	15.804	18.341	21.487	+ 16,1	+ 17,1
	Exporte in % der Importe	92,2	90,4	91,1	91,4	90,2	.	.
Estland	Exporte	4.003	4.769	6.183	7.734	8.028	+ 25,1	+ 3,8
	Importe	5.716	6.703	8.204	10.699	11.278	+ 30,4	+ 5,4
	Exporte in % der Importe	70,0	71,1	75,4	72,3	71,2	.	.
Lettland	Exporte	2.560	3.204	4.110	4.686	5.747	+ 14,0	+ 22,6
	Importe	4.635	5.670	6.925	9.076	11.022	+ 31,1	+ 21,4
	Exporte in % der Importe	55,2	56,5	59,3	51,6	52,1	.	.
Litauen	Exporte	6.158	7.478	9.490	11.263	12.522	+ 18,7	+ 11,2
	Importe	8.526	9.958	12.498	15.429	17.663	+ 23,5	+ 14,5
	Exporte in % der Importe	72,2	75,1	75,9	73,0	70,9	.	.
Bulgarien	Exporte	6.668	7.985	9.466	12.012	13.474	+ 26,9	+ 12,2
	Importe	9.611	11.620	14.668	18.479	21.877	+ 26,0	+ 18,4
	Exporte in % der Importe	69,4	68,7	64,5	65,0	61,6	.	.
Rumänien	Exporte	15.614	18.935	22.255	25.850	29.402	+ 16,2	+ 13,7
	Importe	21.201	26.281	32.568	40.746	50.993	+ 25,1	+ 25,1
	Exporte in % der Importe	73,6	72,0	68,3	63,4	57,7	.	.
Kroatien	Exporte	5.468	6.453	7.065	8.253	9.000	+ 16,8	+ 9,0
	Importe	12.546	13.343	14.935	17.104	18.826	+ 14,5	+ 10,1
	Exporte in % der Importe	43,6	48,4	47,3	48,3	47,8	.	.
Mazedonien	Exporte	1.208	1.347	1.642	1.912	2.449	+ 16,5	+ 28,1
	Importe	2.039	2.357	2.599	2.997	3.814	+ 15,3	+ 27,3
	Exporte in % der Importe	59,3	57,2	63,2	63,8	64,2	.	.
Türkei	Exporte	41.761	50.897	59.147	68.020	78.084	+ 15,0	+ 14,8
	Importe	61.248	78.530	94.015	111.096	123.955	+ 18,2	+ 11,6
	Exporte in % der Importe	68,2	64,8	62,9	61,2	63,0	.	.
Albanien	Exporte	396	487	530	631	782	+ 19,0	+ 24,0
	Importe	1.643	1.849	2.111	2.430	3.048	+ 15,1	+ 25,4
	Exporte in % der Importe	24,1	26,3	25,1	26,0	25,7	.	.
Bosnien and Herzegowina	Exporte	1.188	1.441	1.934	2.640	3.035	+ 36,5	+ 15,0
	Importe	4.253	4.758	5.715	5.823	7.106	+ 1,9	+ 22,0
	Exporte in % der Importe	27,9	30,3	33,8	45,3	42,7	.	.
Montenegro ²⁾	Exporte	271	452	461	627	628	+ 36,2	+ 0,04
	Importe	630	869	940	1.483	2.152	+ 57,7	+ 45,1
	Exporte in % der Importe	43,0	52,1	49,0	42,3	29,2	.	.
Serbien	Exporte	2.441	2.853	3.617	5.092	6.429	+ 40,8	+ 26,3
	Importe	6.603	8.679	8.470	10.448	13.338	+ 23,3	+ 27,7
	Exporte in % der Importe	37,0	32,9	42,7	48,7	48,2	.	.
Russland	Exporte	118.154	145.993	194.077	239.920	257.167	+ 23,6	+ 7,2
	Importe	50.695	60.752	79.340	109.754	145.708	+ 38,3	+ 32,8
	Exporte in % der Importe	233,1	240,3	244,6	218,6	176,5	.	.
Ukraine	Exporte	20.391	26.261	27.513	30.558	35.932	+ 11,1	+ 17,6
	Importe	20.350	23.311	29.046	35.870	44.265	+ 23,5	+ 23,4
	Exporte in % der Importe	100,2	112,7	94,7	85,2	81,2	.	.

Q: Nationale Statistiken. 2007: vorläufige Zahlen. – ¹⁾ Seit 2005 ohne Exporte und Importe zum Zweck der Reparatur. – ²⁾ Seit 2004 einschließlich des Handels mit Serbien und Kosovo.

Als Ergebnis dieser Entwicklungen sank die Arbeitslosenquote 2007 in allen neuen EU-Ländern drastisch (Übersicht 1), mit Ausnahme von Ungarn, dessen Wirtschaft ja stagnierte. Im Durchschnitt verringerte sich die nach der Labour-Force-Methode berechnete Arbeitslosenquote in den zehn neuen EU-Ländern von 10% 2006 auf 7,7%

2007 und lag damit nicht mehr weit über dem Durchschnitt der EU 15. Auch in Polen – dem Land mit historisch hoher Arbeitslosigkeit – war sie zum ersten Mal seit Jahren einstellig. Somit wies nur die Slowakei eine Arbeitslosenquote von über 10% auf. Nach wie vor ist die hohe Arbeitslosigkeit in den zwei letzteren Ländern weitgehend ein Problem der östlichen Regionen und des ländlichen Raums, nicht zuletzt weil es an interregionaler Mobilität nach wie vor mangelt. Die Arbeitslosigkeit trifft vor allem die Geringqualifizierten, während der Bedarf nach hochqualifizierten Arbeitskräften nicht gedeckt werden kann.

Auch in mehreren Westbalkanländern (mit Ausnahme von Serbien und Montenegro) wuchs 2007 die Beschäftigung, allerdings in erster Linie im Dienstleistungssektor. Ähnlich wie in den neuen EU-Ländern einige Jahre zuvor wird die Ausweitung der Industrieproduktion hier vor allem durch Produktivitätsfortschritte ermöglicht. Die Zunahme der Beschäftigung trug jedoch bislang nur wenig zur Entspannung der schwierigen Arbeitsmarktlage bei: In den Nachfolgeländern von Jugoslawien (mit Ausnahme von Kroatien und Slowenien) blieb die Arbeitslosenquote außerordentlich hoch (Mazedonien 35%).

Ausblick: Kräftige Inlandsnachfrage macht dämpfenden Auslandseinfluss wett

Obwohl sich das BIP-Wachstum in fast allen MOEL (mit Ausnahme von Ungarn) etwas verlangsamen dürfte und nahezu eine Stagnation in Estland und Lettland wahrscheinlich ist, wird die reale Konvergenz innerhalb der EU in den kommenden Jahren kaum gebremst. Während sich die EU-Beitrittsperspektiven der meisten Länder Südosteuropas verbessert haben, sind die Wirtschaftsaussichten für die Türkei und Serbien mit Risiken behaftet.

Die Hypothekarkreditkrise in den USA und die daraus folgenden weltweiten Finanzmarkturbulenzen dürften das Wachstum in der EU 15 2008 um bis zu 1 Prozentpunkt dämpfen (von 2,6% 2007 auf 1,7%) sorgen. Dies ist einerseits der Verringerung der Importnachfrage der USA, insbesondere aber den jüngsten Verlusten mehrerer großer europäischer Banken zuzuschreiben, aus denen eine Neubewertung des Kreditrisikos und eine Verteuerung der Kredite bzw. eine Einschränkung der Kreditvergabe resultieren könnten. Vor diesem Hintergrund ist 2008 auch in den neuen EU-Ländern eine Abkühlung des Wachstums zu erwarten (laut wiw-Prognose im Durchschnitt um rund 1 Prozentpunkt auf +5%; Übersicht 1).

Die Wachstumsdifferenz von über 3 Prozentpunkten zwischen der EU 15 und den neuen EU-Ländern wird aber wahrscheinlich fortbestehen, sodass die reale Konvergenz innerhalb der EU kaum gebremst wird. Zur weiteren Konvergenz wird auch beitragen, dass die Verlangsamung in den ärmsten EU-Ländern Bulgarien und Rumänien, deren Wirtschaftswachstum ausschließlich von der robusten heimischen Nachfrage getragen wird, relativ schwach ausfallen dürfte (rund $-\frac{1}{2}$ Prozentpunkt). Mit einem etwas größeren Wachstumsrückgang (etwa -2 Prozentpunkte) ist dagegen in den stärker exportorientierten Volkswirtschaften zu rechnen, z. B. in Tschechien oder der Slowakei. In Tschechien könnte auch die forcierte Budgetkonsolidierung zur Wachstumsverlangsamung beitragen. 2008 ist der empfindlichste Wachstumseinbruch in Estland und Lettland zu erwarten (Wachstumsrate in Estland nur 1,5%). In diesen zwei Ländern brach in den ersten Monaten 2008 eine Krise auf dem überhitzten Immobilienmarkt aus, die den privaten Konsum wesentlich dämpfte. Dagegen ist Ungarn das einzige neue EU-Land, dessen Wachstum sich sogar beschleunigen sollte: Die Belebung sowohl des privaten Konsums als auch der Investitionen dürfte eine BIP-Zunahme um etwa 2,5% ermöglichen.

Auch in den anderen MOEL dürfte sich das Wachstum nur wenig abschwächen. So ist es in den GUS-Ländern wie Russland und der Ukraine mittlerweile ebenfalls weitgehend selbsttragend, während die Rolle der Kredite (noch) relativ gering ist. Der Höhenflug der Weltmarktpreise der wichtigsten Exportgüter Energie und Metalle, der nicht zuletzt aus der Suche nach alternativen Anlagemöglichkeiten angesichts der anhaltenden Dollarschwäche resultiert, verbessert die Aussichten dieser Länder zusätzlich. In Mazedonien und Albanien wurde das Wachstum zuletzt durch die Verringerung der regionalen Ungleichgewichte unterstützt; es dürfte weitgehend unverringert anhalten.

Unter den hier betrachteten MOEL sind die Aussichten für die Türkei wohl mit den meisten Risiken behaftet: Sollte sich die Stimmung auf den Anlagemärkten im Zuge der weltweiten Finanzmarkturbulenzen verschlechtern und eine ernste innenpolitische Krise ausbrechen, dann würde auch der reale Sektor stark leiden. Das Zinsniveau scheint mit fast 20% gemessen an der viel niedrigeren Inflation übertrieben hoch zu sein und könnte mittelfristig nicht leistbar sein. Auch in Serbien könnte die

derzeitige Entwicklung Anlass zu Sorge geben: Im Frühjahr 2008 schlug die Fiskalpolitik aus innenpolitischen Gründen einen expansiven Kurs ein. Da die Steigerung der Staatsausgaben weitgehend in Importen versickert und somit das bereits hohe Leistungsbilanzdefizit ausweitet, könnte dadurch die makroökonomische Stabilität mittelfristig gefährdet werden.

Übersicht 8: Auslandsposition und Leistungsbilanz

	Bruttoauslandsverschuldung ¹⁾		Währungsreserven ²⁾		Leistungsbilanz				
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2008	2009	2010
	In % des BIP								
Tschechien	36,9	37,9	20,3	17,7	- 3,1	- 2,5	- 3,0	- 3,0	- 3,0
Ungarn	86,5	97,3	17,4	16,3	- 6,1	- 5,0	- 4,7	- 4,4	- 4,1
Polen	46,6	48,0	12,7	13,1	- 2,7	- 3,7	- 4,7	- 5,4	- 4,9
Slowakei	50,9	54,7	21,1	23,4	- 7,0	- 5,3	- 4,6	- 4,6	- 4,9
Slowenien	78,9	102,4	17,5	2,0	- 2,8	- 4,9	- 3,8	- 3,0	- 2,5
Estland	96,4	110,3	16,0	14,3	- 15,5	- 17,4	- 11,0	- 10,1	- 10,1
Lettland	114,0	134,2	20,9	19,3	- 22,5	- 22,9	- 17,9	- 15,0	- 12,8
Litauen	60,9	73,3	18,2	18,4	- 10,8	- 13,7	- 13,0	- 12,0	- 10,0
Bulgarien	80,7	97,3	32,9	38,8	- 17,8	- 21,5	- 18,5	- 16,8	- 15,3
Rumänien	40,5	51,4	20,9	22,6	- 10,4	- 13,9	- 14,6	- 14,1	- 13,2
Kroatien	85,8	87,7	25,6	24,8	- 7,9	- 8,6	- 7,8	- 7,6	- 7,4
Mazedonien	49,1	48,9	26,2	25,6	- 0,9	- 3,1	- 2,1	- 2,0	- 2,0
Türkei	38,4	33,7	11,0	10,4	- 6,1	- 5,8	- 5,1	- 4,5	- 5,1
Albanien	20,0	19,7	18,9	18,3	- 7,4	- 11,2	- 6,5	- 7,1	- 8,0
Bosnien und Herzegowina	21,3	18,6	28,5	31,6	- 8,4	- 13,1	- 12,7	- 12,3	- 11,7
Montenegro	23,5	20,3	.	.	- 24,7	- 44,2	- 30,8	- 23,2	- 22,6
Serbien	55,3	55,2	32,9	30,5	- 12,5	- 16,4	- 13,6	- 12,7	- 12,0
Russland	32,5	34,2	30,9	34,6	9,6	6,1	4,4	0,4	- 1,1
Ukraine	50,6	59,9	20,3	22,5	- 1,5	- 4,2	- 6,3	- 5,8	- 5,3

Q: Nationale Statistiken. 2007: vorläufige Zahlen, 2008/2010: Prognose des wiw. – ¹⁾ Jahresendstand. Bosnien und Herzegowina, Montenegro: öffentliche Auslandsverschuldung. – ²⁾ Ohne Gold, Jahresendstand. Währungsreserven, SZR und Reserveposition gegenüber dem IWF. Tschechien, Slowakei und Albanien: einschließlich Gold, Ungarn: Gesamtreserven, Slowenien: ab 2007 (Euro-Einführung) nur jene Währungsreserven, die sich nicht auf den Euro beziehen.

Die Erwartung einer mäßigen Wachstumsverlangsamung in den MOEL geht in erster Linie darauf zurück, dass die Kreditvergabe der Banken restriktiver wird. Das könnte vor allem den privaten Konsum (sowie die privaten Investitionen in Immobilien) dämpfen. Auch die jüngste Inflationsbeschleunigung könnte das Wachstum dämpfen. Gleichzeitig macht die Kombination aus hohen Inflationserwartungen (und somit der Erwartung einer realen Aufwertung) und negativen realen Zinssätzen etwa in Russland und der Ukraine das Sparen weniger attraktiv, sodass der private Konsum gestärkt werden sollte. Die Investitionen sollten in den MOEL durch die derzeitige Finanzkrise nicht allzu stark beeinträchtigt werden, nicht zuletzt weil sie nach wie vor weitgehend aus eigenen Mitteln der Unternehmen finanziert werden. Schließlich dürften die Zuflüsse an Direktinvestitionen in die MOEL kaum nachlassen, mit der möglichen Ausnahme der Westbalkanländer. Die öffentlichen Investitionen in den neuen EU-Ländern werden zudem zunehmend durch EU-Transfers kofinanziert, deren Höhe in den kommenden Jahren auf 1% bis 3% des BIP geschätzt wird.

Nach dem jüngsten Regierungswechsel in Frankreich haben sich die EU-Beitrittsaussichten zumindest für zwei der drei offiziellen Kandidatenländer Südosteuropas (Kroatien und Mazedonien) verbessert. Dasselbe gilt grundsätzlich für Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro. Mit dem Beitritt Kroatiens – des mit Abstand fortgeschrittensten Kandidatenlandes – ist jedoch frühestens 2011 zu rechnen. Gleichzeitig hatte die Erklärung der Unabhängigkeit durch den Kosovo Anfang 2008 eine deutliche Abkühlung der Beziehungen zwischen der EU und Serbien zur Folge, sodass die kurz- und mittelfristigen Aussichten für eine EU-Integration dieses Landes in Frage gestellt sind. Die Zunahme der politischen Instabilität könnte sich in Serbien zudem negativ auf das heimische Investitionsklima auswirken. Davon wären auch die Wirtschaftsaussichten der angrenzenden Länder betroffen, für die Serbien ein wichtiger Handelspartner ist (Mazedonien, Kosovo).

CEEC Growth Still Overtakes Western Europe – Summary

Economic growth in Central and East European countries (CEECs) in 2007 was driven primarily by the strong domestic demand, especially for consumer goods. The latter resulted from both higher incomes (particularly in Central Europe's new EU countries) and expanding household credit (elsewhere), although the pace of credit expansion has slowed down somewhat, not least due to government efforts to avoid excessive "overheating". Another distinction between these two country groups has been in the sectoral patterns of growth: the main growth engine was industry in the Central European new EU countries and the services sector elsewhere.

The higher world prices for food and energy and further tightening of domestic labour markets led to mounting inflationary pressures. The latter proved to be particularly strong in the poorer CEECs, but was mitigated by an ongoing currency appreciation in Poland, Slovakia and the Czech Republic. The recent surge in inflation is unwelcome news for the new EU countries aiming to join the European Monetary Union soon (especially the Baltic states, but in the longer term also Bulgaria and Romania); only Slovakia has a realistic chance to join the euro zone already at the beginning of 2009 as aspired to by the country's government. At the same time, higher inflation and further budget consolidation have improved the fiscal performance of several new EU countries; the latter is no longer a formal obstacle to adopting the euro (with the exception of Hungary). In contrast, fiscal policy in Russia and Ukraine has been somewhat loosened. Russia's sovereign oil fund, which has been booming recently thanks to soaring world crude prices, is being increasingly spent on industrial policy, aimed at diversifying the country's economic structure away from energy.

The current turbulence in the global financial markets and a slowdown in Western Europe should dampen the CEECs' growth prospects in 2008 only marginally. The speed of their real convergence to the EU 15 will most probably stay at around 3.5 percentage points on average. Hungary's economic growth should even pick up slightly, as consumer demand will gradually recover from the adverse effects of last year's budget consolidation. At the same time, in Latvia and Estonia, "hard landing" following a protracted period of demand overheating appears inevitable. The prospects of EU accession for a number of Southeast European countries have recently improved and should contribute to the region's overall stability and economic development. However, Serbia might suffer from the recent "Kosovo crisis" and the potentially destabilising consequences of the recent fiscal loosening ahead of the parliamentary elections in May 2008, whereas Turkey remains vulnerable to fluctuations in the world financial markets.

Short list of the most recent wiiw publications

(as of May 2008)

For current updates and summaries see also wiiw's website at www.wiiw.ac.at

MOEL: Wachstumsvorsprung gegenüber Westeuropa bleibt erhalten

by Vasily Astrov

wiiw Research Papers in German language, May 2008

(reprinted from: *WIFO-Monatsberichte*, Vol. 81, No. 5, May 2008)

16 pages including 8 Tables and 3 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

The Vienna Institute Monthly Report 5/08

edited by Leon Podkaminer

- Terms of trade effects and Russian economic growth
- Poland: the national stock exchange game
- Some reflections on the current US financial markets meltdown
- Statistics: Regional disparities and economic developments in the enlarged EU
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, May 2008

36 pages including 3 Tables, 9 Figures and 8 Maps

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

What Is in the Name? Risk Assessment of Macedonia

by Vladimir Gligorov

wiiw Research Reports, No. 347, April 2008

34 pages including 15 Tables and 6 Figures

hardcopy: EUR 22.00 (PDF: EUR 20.00)

Economic and Trade Policy Impacts of Sustained High Oil Prices

by Gábor Pellényi and Edward Christie (eds), Judit Barta, Miklós Hegedüs, Mario Holzner, András Oszlay and Magdolna Sass

wiiw Research Reports, No. 346, April 2008

69 pages including 4 Tables and 19 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

The Vienna Institute Monthly Report 4/08

edited by Leon Podkaminer

- Skills and the competitiveness of EU manufacturing industries
- Selected economic impacts of higher oil prices
- Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2005-2008
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, April 2008

26 pages including 8 Tables and 15 Figures

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

The Vienna Institute Monthly Report 3/08

edited by Leon Podkaminer

Armenia and Azerbaijan: recent economic developments and policy challenges

Agricultural support: consequences of an eventual EU accession of the Balkan countries

Globalization and inflation: impacts unlikely to be large and permanent

Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2002-2008

Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, March 2008

32 pages including 6 Tables and 12 Figures

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

Weathering the Global Storm, yet Rising Costs and Labour Shortages May Dampen Domestic Growth

by Peter Havlik, Mario Holzner et al.

wiiw Current Analyses and Forecasts. Economic Prospects for Central, East and Southeast Europe, No. 1, February 2008

151 pages including 51 Tables and 20 Figures

hardcopy: EUR 70.00 (PDF: EUR 65.00)

The Vienna Institute Monthly Report 2/08

edited by Leon Podkaminer

- Current situation of the global economy: challenges and potential consequences for Central, East and Southeast Europe
- Soaring grain prices driven by rising demand for food and biofuels
- Social exclusion and Europe's Muslims
- Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2006-2007
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, February 2008

32 pages including 18 Tables and 3 Figures

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

Seeking New Ways of Financing the EU Budget: on the Proposal of a European Tax on Foreign Exchange Transactions

by Sándor Richter

wiiw Research Reports, No. 345, January 2008

69 pages including 9 Tables and 4 Figures

hardcopy: EUR 22.00 (PDF: EUR 20.00)

Growth Resurgence, Productivity Catching-up and Labour Demand in CEECs

by Peter Havlik, Sebastian Leitner und Robert Stehrer

wiiw Statistical Reports, No. 3, January 2008

71 pages including 29 Tables and 24 Figures

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

The Vienna Institute Monthly Report 1/08

edited by Leon Podkaminer

- The member states' net financial position vis-à-vis the EU budget: what has changed since the enlargement?
- Current status of the Doha Development Agenda (DDA) negotiations
- The Reform Treaty: monetary and economic policies unaffected
- Industry statistics: Selected indicators for 13 countries of Central, East and Southeast Europe, 2006
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, January 2008

32 pages including 16 Tables

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

Moldova: Structural Change, Trade Specialization and International Integration

by Alexander Libman

wiiw Research Reports, No. 344, December 2007

33 pages including 6 Tables and 8 Figures

hardcopy: EUR 22.00 (PDF: EUR 20.00)

Oil and Gas Dependence of EU-15 Countries

by Edward Christie

wiiw Research Reports, No. 343, December 2007

64 pages including 31 Tables and 8 Figures

hardcopy: EUR 22.00 (PDF: EUR 20.00)

The Vienna Institute Monthly Report 12/07

edited by Leon Podkaminer

- Albania: misty growth rates
- Bosnia and Herzegovina: economy glory, political worry
- Kazakhstan: strong growth despite financial markets turmoil
- Kosovo: preparing for independence
- Montenegro: budget surplus
- Turkey: growth sustainability has passed the acid test
- Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2006-2007
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, December 2007

30 pages including 16 Tables

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

Costs and Benefits of Kosovo's Future Status

by Vladimir Gligorov

wiiw Research Reports, No. 342, November 2007

29 pages including 8 Tables and 1 Figure

hardcopy: EUR 8.00 (PDF: free download from wiiw's website)

The Vienna Institute Monthly Report 11/07

edited by Leon Podkaminer

- Russian Federation: private consumption and investments flourish
- Ukraine: mounting inflationary pressures
- Croatia: impressive growth
- Serbia: risking instability
- Macedonia: selling reforms
- Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2006-2007
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, November 2007

30 pages including 15 Tables

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

wiiw Handbook of Statistics 2007: Central, East and Southeast Europe

covers key economic data on Albania, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Macedonia, Montenegro, Poland, Romania, Russia, Serbia, the Slovak Republic, Slovenia and Ukraine, 1990 to September 2007

wiiw, Vienna, November 2007, ISBN 3-85209-012-1 (ISBN 978-3-85209-012-2)

575 pages including 325 Tables and 105 Figures

hardcopy: EUR 92.00

CD-ROM (PDF): EUR 92.00; CD-ROM (MS Excel Tables + PDF) + hardcopy: EUR 230.00

Individual chapters (MS Excel Tables, on CD-ROM or via E-mail): EUR 37.00 per chapter

The Vienna Institute Monthly Report 10/07

edited by Leon Podkaminer

- Bulgaria: on the brink of overheating
- The Czech Republic: performing better than expected
- Hungary: public sector shrinking, industry continues to expand
- Poland: economic expansion continues
- Romania: corrections under way
- Slovakia: impressive export-led growth
- Slovenia: strong GDP growth supported by soaring investment
- Selected monthly data on the economic situation in ten transition countries, 2006-2007
- Guide to wiiw statistical services on Central, East and Southeast Europe, Russia and Ukraine

wiiw, October 2007

36 pages including 17 Tables

(exclusively for subscribers to the wiiw Service Package)

wiiw Service Package

The Vienna Institute offers to firms and institutions interested in unbiased and up-to-date information on Central, East and Southeast European markets a package of exclusive services and preferential access to its publications and research findings, on the basis of a subscription at an annual fee of EUR 2,000.

This subscription fee entitles to the following package of **Special Services**:

- A free invitation to the Vienna Institute's **Spring Seminar**, a whole-day event at the end of March, devoted to compelling topics in the economic transformation of the Central and East European region (for subscribers to the wiiw Service Package only).
- Copies of, or online access to, **The Vienna Institute Monthly Report**, a periodical consisting of timely articles summarizing and interpreting the latest economic developments in Central and Eastern Europe and the former Soviet Union. The statistical annex to each *Monthly Report* contains, alternately, country-specific tables or graphs with monthly key economic indicators, economic forecasts, the latest data from the wiiw Industrial Database and excerpts from the wiiw FDI Database. This periodical is not for sale, it can only be obtained in the framework of the wiiw Service Package.
- Free copies of the Institute's **Research Reports** (including *Reprints*), **Current Analyses and Forecasts**, **Country Profiles** and **Statistical Reports**.
- A free copy of the **wiiw Handbook of Statistics** (published in October/November each year and containing more than 400 tables and graphs on the economies of Albania, Bosnia and Herzegovina, Bulgaria, Croatia, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Macedonia, Montenegro, Poland, Romania, Russia, Serbia, the Slovak Republic, Slovenia and Ukraine)
- Free online access to the **wiiw Monthly Database**, containing more than 1200 leading indicators monitoring the latest key economic developments in ten Central and East European countries.
- **Consulting**. The Vienna Institute is pleased to advise subscribers on questions concerning the East European economies or East-West economic relations if the required background research has already been undertaken by the Institute. We regret we have to charge extra for *ad hoc* research.
- Free access to the Institute's specialized economics library and documentation facilities.

Subscribers who wish to purchase wiiw data sets **on CD-ROM** or special publications not included in the wiiw Service Package are granted considerable **price reductions**.

**For detailed information about the wiiw Service Package
please visit wiiw's website at www.wiiw.ac.at**

To
The Vienna Institute
for International Economic Studies
Oppolzergasse 6
A-1010 Vienna

- Please forward more detailed information about the Vienna Institute's Service Package
- Please forward a complete list of the Vienna Institute's publications to the following address

Please enter me for

- 1 yearly subscription of *Research Reports* (including *Reprints*)
at a price of EUR 225.00 (within Austria), EUR 250.00 (Europe) and EUR 265.00 (overseas) respectively

Please forward

- the following issue of *Research Reports*
- the following issue of *Current Analyses and Forecasts*
- the following issue of *Country Profiles*
- the following issue of *Working Papers*
- the following issue of *Statistical Reports*
- the following issue of *Research Papers in German language*
- the following issue of *wiiw Database on Foreign Direct Investment*
- the following issue of *wiiw Handbook of Statistics*

.....
Name

.....
Address

.....
Telephone

Fax

E-mail

.....
Date

.....
Signature

Herausgeber, Verleger, Eigentümer und Hersteller:

Verein „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ (wiiw),
Wien 1, Oppolzergasse 6

Postanschrift: A-1010 Wien, Oppolzergasse 6, Tel: [+431] 533 66 10, Telefax: [+431] 533 66 10 50

Internet Homepage: www.wiiw.ac.at

Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

P.b.b. Verlagspostamt 1010 Wien